

## **E u r o p ä i s c h e R i c h t e r u n d S t a a t s a n w ä l t e f ü r D e m o k r a t i e u n d M e n s c h e n r e c h t e**

### **Kurzdarstellung**

Die Vereinigung „Europäische Richter und Staatsanwälte für Demokratie und Menschenrechte“ („*Magistrats européens pour la Démocratie et les Libertés*“ – **MEDEL**) wurde im Jahre 1985 auf Betreiben von Vereinigungen bzw. Gewerkschaften von Richtern und Staatsanwälten aus sechs Ländern Europas gegründet. Von der Gründung an gehörten nationale Vereinigungen gleichermaßen von Richtern als auch von Staatsanwälten MEDEL an.

Die Gründungsidee ging auf Debatten anlässlich internationaler Seminare an der *Ecole nationale de la Magistrature* in Bordeaux und auf ein Colloquium zurück, welches das *Syndicat de la Magistrature*, die französische Gewerkschaft der Richter und Staatsanwälte, gemeinsam mit der Universität Lille im Sommer 1983 veranstaltet hatte. Thema war Demokratie und Justiz in Europa, die Beiträge wurden unter dem Titel „*Etre juge demain*“ veröffentlicht.

Im Jahre 2006 zählte MEDEL über 15.000 Mitglieder in 15 nationalen Vereinigungen von Richtern/innen und Staatsanwälten/innen in 11 EU-Mitgliedstaaten.

- In Belgien: *Association syndicale des Magistrats (ASM)*,
- In Zypern: *Cyprus Judges Association*,
- In der Tschechischen Republik: *Soudcovska Unie České Republiky; Unie statnich zastupcu Česke republiky*,
- In Frankreich: *Syndicat de la Magistrature (SM)*,
- In Deutschland: *Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft VER.DI* [Fachausschuss „Richter und Staatsanwälte“]; *Neue Richtervereinigung (NRV)*,
- In Griechenland: *Eteria Ellenikon Dikastikon Litourgon gia ti Demokratia ke tis Elefteries*,
- In Italien: *Magistratura democratica (MD)* und *Movimento per la Giustizia*,
- In Polen: *Iustitia* und *Association des procureurs de Pologne*,
- In Portugal: *Associação Sindical dos Juizes Portugueses (ASJP)* und *Sindicato dos Magistrados do Ministerio Público (SMMP)*,
- In Rumänien: *Nationale Union der Rumänischen Richter (UNJR)*
- In Spanien: *Jueces para la Democracia (JpD)* und *Unión progresista de Fiscales*.

Richter und Staatsanwälte anderer europäischer Ländern gehören MEDEL als Einzelmitglieder an.

### **Die Organe – Verwaltungsrat und Vorstand**

Der Verwaltungsrat ist das Zentrum für Informationsaustausch und Koordinierung der einzelnen Mitgliedsverbände miteinander. Er gibt die Richtung für die Politik und die Organisation des Verbandes vor. Jedes Land entsendet vier Delegierte. Der Verwaltungsrat tritt 3 bis 4 Mal im Jahre an verschiedenen Orten Europas zusammen, und erlaubt so den Richtern und Staatsanwälten des Gastgeberlandes, an den Debatten aktiv teil zu nehmen.

Der MEDEL-Vorstand besteht aus sieben Mitgliedern. Er wird vom Verwaltungsrat für zwei Jahre gewählt. Sein Mandat kann um zwei weitere Jahre verlängert werden.  
Ende Oktober 2007 wurden folgende Vorstandsmitglieder gewählt:

**Präsident:**

Vito MONETTI, Stellvertretender Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof, Rom, (MD)  
Italien

**Vizepräsident:**

Eric ALT, Beratender Beisitzer am Kassationsgerichtshof, Paris, SM, Frankreich

**Vorstandsmitglieder:**

António CLUNY, Stellvertretender Generalstaatsanwalt am Rechnungshof (*Tribunal de Contas*), Vorsitzender der Gewerkschaft der portugiesischen Staatsanwälte (SMMP), Portugal;

Ludmila KRIŠLOVA, Richterin, Prag, Vereinigung Tschechischer Richter, Tschechische Republik:

Stavros MANTAKIOZIDIS, Staatsanwalt am Berufungsgericht von Athen, Griechenland;

Dana CIGAN, Richterin am Berufungsgericht von Oradea, (UNJR) Rumänien;

**Schatzmeister:**

Ignacio GOMEZ VEGA, Richter Weiterbildungsbeauftragter am *Consejo general del poder judicial*, Madrid, (JpD), Spanien

Generalsekretär: Christian LANGE

**MEDEL hat sich zum Ziel gesetzt,**

- Die Unabhängigkeit der Justiz zu verteidigen,
- Die Werte des demokratischen Rechtsstaats unbedingt zu wahren,
- Die europäische demokratische Rechtskultur zu fördern,
- Die Demokratie innerhalb der Justiz voranzubringen,
- Den Richtern und Staatsanwälten die tatsächliche Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit zu sichern,
- Die Rechte der Minderheiten und der unterschiedlichen Ausrichtungen zu achten, insbesondere die Rechte von Einwanderern und Mittellosen in Hinblick auf die soziale Emanzipierung der Schwächsten.

MEDEL verfolgt das Ziel einer **transparenten und offenen Justiz**, deren Tätigkeiten und Entscheidungen von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und akzeptiert werden können.

MEDEL hat in seiner Erklärung von Palermo (1993) die Grundlagen eines Europäischen Statuts der Richter und Staatsanwälte geschaffen. Heute sind ein Teil dieser Grundsätze Inhalt der Europäischen Charta über das Richterstatut (10. Juli 1998), an deren Ausarbeitung

MEDEL mitgewirkt hat. Im Jahre 1996 hat MEDEL in Neapel ebenfalls eine Erklärung über die Grundsätze betreffend die Staatsanwaltschaft verabschiedet.

MEDEL umfasst Vereinigungen sowohl von Richtern als auch von Staatsanwälten, denn sie sollten für die gleichen Werte eintreten. MEDEL nimmt teil am Aufbau eines Europäischen Justizraumes und erhebt seine Stimme in den Debatten über die Justiz in Europa als Ausdruck eines echten Pluralismus innerhalb der europäischen Richterschaft.

### **MEDEL's Teilnahme an den Arbeiten der europäischen Institutionen**

MEDEL tritt für die europäische Integration ein, insbesondere für den Dialog der europäischen Institutionen mit fortschrittlichen und unabhängigen Richtern und Staatsanwälten.

MEDEL ist eine Nicht-Regierungs-Organisation die regelmäßig vom Europarat zur Mitwirkung herangezogen wird. In diesem Rahmen nimmt der Verband insbesondere an den Arbeiten des Beirats der Europäischen Richter (Conseil consultatif des juges européens – CCJE), des Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (Commission européenne pour l'efficacité de la Justice - CEPEJ) und des Beirats der Europäischen Staatsanwälte (Conseil consultatif des procureurs européens-CCPE) des Europarates teil. Der Europäische Ausschuss für Strafrechtsprobleme (Comité européen pour les problèmes criminels – CDPC) hat MEDEL ebenfalls den Beobachterstatus zuerkannt.

MEDEL verabschiedet Stellungnahmen zu bestimmten Projekten der EU-Kommission: zum Projekt der Schaffung eines Europäischen Staatsanwalts, zu den Verfahrensgarantien im Strafprozess, zur Annäherung, zur gegenseitigen Anerkennung und zum Vollzug von Strafen innerhalb der Europäischen Union, zur Überschneidung von Zuständigkeiten (conflits de de juridiction) und dem Grundsatz „ne bis in idem“.

MEDEL's **Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament** konzentriert sich vorrangig auf den „Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres“

### **Colloquien und Seminare**

*MEDEL arbeitet an den grundlegenden Fragen betreffend die Justiz und die Berufsausübung der Richter und Staatsanwälte. MEDEL bietet eine Tribune für Meinungs austausch und Debatten und erleichtert eine vertrauensvolle Verbindung zwischen den Richtern und Staatsanwälten der verschiedenen europäischen Staaten. Die regelmäßigen Tagungen des Verwaltungsrates geben Gelegenheit zu erweiterten Tagungen über bestimmte Themen mit den Richtern und Staatsanwälten des gastgebenden Landes.*

*Die öffentlichen Debatten von Richtern und Staatsanwälten quer durch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten tragen zum Ausbau der justiziellen Zusammenarbeit hin zur Aufwertung der besten nationalen Erfahrungen bei. MEDEL beteiligt sich auch an der gemeinsamen Fortbildung, am „Twinning“ und an den internationalen Austauschprogrammen, die zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens der Richter und Staatsanwälte in den Mitgliedstaaten beiträgt.*

*MEDEL hat insbesondere folgende Tagungen veranstaltet:*

*Über die Organisation der Justiz:*

- Die „**richterliche Unabhängigkeit in einem Europa im Umbruch**“ (Popovo, 1991) war die erste Tagung in Mitteleuropa nach dem Fall der Mauer im Hinblick auf den MEDEL-Beitritt von Verbänden von Richtern und Staatsanwälten, die in den neuen Demokratien entstanden waren; diese Erfahrung wurde anlässlich eines Seminars über die „**Reform der**

**Justiz in Serbien in einer europäischen Perspektive“** (Belgrad 2003) und insbesondere anlässlich eines Colloquiums über **„die Unabhängigkeit der Justiz angesichts der Herausforderungen des demokratischen Übergangs“** (Belgrad 2007) fortgesetzt; an diesem Colloquium nahmen auch Delegierte der Vereinigungen von Richtern und Staatsanwälten aller Republiken des früheren Jugoslawien teil;

- Die Tagung über **„die Unabhängigkeit der Justiz – eine Verpflichtung, nicht ein Privileg“** (Prag, Mai 1993 ) war die Gelegenheit, die Grundlinien eines **Europäischen Statuts der Richter und Staatsanwälte** zu verabschieden, womit MEDEL öffentlichen Diskurs einleitete, der im Rahmen des Europarates zur Annahme der **Empfehlung von 1994 über die Unabhängigkeit, die Effizienz und die Rolle der Richter** und im Jahre 1999 zur Annahme der **Europäischen Charta des Richterstatuts** führte;
- Die Tagung über das **Statut der Staatsanwaltschaft** (Neapel, 1996) schloss mit der Verabschiedung einer **Erklärung über die Grundsätze der Staatsanwaltschaft**: Darin wurde die Selbstständigkeit der Staatsanwaltschaft gefordert, um die Unabhängigkeit der Recht sprechenden Gewalt und die Gleichheit vor dem Gesetz zu sichern Diese Überlegungen wurden fortgesetzt, ausgehend von der Situation in Belgien (**„Die Staatsanwaltschaft oder die Mysterien der großen Pyramide“**, (Louvain-la-Neuve, Dezember 1996) und in Rumänien (**„Die Staatsanwälte, die Demokratie und der Rechtsstaat**, Bukarest, September 2007);
- Der Meinungsaustausch über die **„Justizbehörden in den Mittelmeer-Anrainerstaaten“** (Paris, Juni 2002) gaben Gelegenheit, die Rolle von MEDEL im Mittelmeer in Zusammenarbeit mit dem Euro-Mediterranen Netzwerk für Menschenrechte;
- Mit einem Colloquium in Bremen im März 2004 wurden Betrachtungen über **„das Berufsethos der Richter und Staatsanwälte, über Vorschläge für einen Ethik-Codex und über das Statut der Richter und Staatsanwälte“** eröffnet und auf einer Tagung unter dem Titel **„die Verantwortung der Richter und Staatsanwälte“** in Prag im Juni 2006 fortgesetzt;
- **„Die Justiz und die Medien“** war das Thema eines Seminars in Krakau im September 2005; der Meinungsaustausch über dieses Thema wird im Juni 2008 in Bukarest fortgesetzt;
- Schließlich eröffnete das Colloquium für **„Die Krise der Leistungsfähigkeit der Zivilgerichts-barkeit in Europa“** (Paris, Januar 1999) das Nachdenken über die **„Qualität und die Effizienz der Justiz“**. In derselben Richtung zielten die Debatten über **„die Modernisierung der Justiz“** (Lübeck, Oktober 2007) insbesondere auf eine erste Bilanz der Mitarbeit von MEDEL an den Arbeiten der CEPEJ; ein weiteres Seminar zu diesem Thema wird Anfang Februar 2008 in Palermo stattfinden.

*Über die berufliche Weiterbildung der Richter und Staatsanwälte:*

- Das Colloquium über die **„berufliche Weiterbildung der Richter in Europa“** (Triest, Juni 1991), durchgeführt gemeinsam mit der Universität von Triest, stellte den Beitrag der Vereinigungen der Richter und Staatsanwälte zur Bildung einer europäischen Rechtsprechungskultur heraus; dieses stets wieder aufgegriffene Thema wurde auch im Jahre 1998 in Madrid (**Welche gemeinsame Rechtsprechungskultur für Europa?**) und im Juni 2003 in Prag (**„Die berufliche Weiterbildung der Richter und Staatsanwälte in Europa“**), im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit latein-amerikanischen Richtern im Jahre 2004 in Povoá do Varzim, Porto, und am 20. Mai in Rom anlässlich des 20. Jahrestages der MEDEL-Gründung.

*Über die Europäische Integration:*

- Das Colloquium vom April 2006 in Rom erörterte die in der **Europäischen Charta der Grundrechte verankerten Grundsätze**. Ihm folgte die Errichtung eines Observatoriums der Grundrechte in Italien.

#### *Über Einwanderung und Asylrecht in Europa:*

- Das Seminar über das „**Einwanderungsrecht**“ (Lübeck, 1986) war die erste Konkretisierung des in der Satzung festgelegten Ziels, die bedürftigen Ausländer zu schützen;
- Die Tagung über „**das Recht der Staatsangehörigkeit**“ (Paris, September 1987) stellte die Frage der Einbürgerung unter rechtsvergleichenden Aspekten und verwies auf die Entwicklung eines „Europa-Bürgers“;
- Schließlich prüfte die Tagung über das „**Asylrecht**“ (Turin, Oktober 1996) den Abstand zwischen den in den verschiedenen europäischen Verfassungen und internationalen Abkommen verankerten Idealen einerseits und der Praxis andererseits.

#### *Über Freiheitsstrafen:*

- Die Tagungen unter dem Titel „Europa der Grundrechte: Haftanstalten und Richter“ (Valencia, Januar 1989) und „Der Richter und das Gefängnis“ (Athen November 1991) boten Gelegenheit zum Meinungs austausch über die Rolle des Richters bei der Strafvollstreckung und der Überwachung der Haftanstalten, die noch zur Zeit der Europäischen Konvention gegen die Folter und unmenschliche oder herabwürdigende Strafen und Behandlungen von 1987 errichtet worden waren;
- Das Lebensende in der Haftanstalt – ein Ruf nach Gesetzesänderung, (Aix-en-Provence, Juni 1996) fasste eine Debatte zusammen, die sich insbesondere in dem französischen Gesetz vom 4. März 2002 über die Aussetzung von Strafen aus medizinischen Gründen niedergeschlagen hat.

#### *Zur Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte:*

- Von Anfang an hat MEDEL Europa unter dem Ziel der Schaffung einer Sozialunion gesehen. Diese Betrachtung des Kongresses vom September 1990 in Berlin wurde bei dem Colloquium Arbeit, Gerechtigkeit und Gleichheit – das Arbeitsrecht in Europa zurzeit von Globalisierung und Informatik (Lissabon, Januar 2002) erweitert;
- Das europäische Grünbuch und das künftige Arbeitsrecht wurde zum Anlass einer kritischen Bestandsaufnahme bei einem von der Generalitat de Catalunya veranstalteten Colloquium im November 2007 in Barcelona

#### *Über Strafrecht und Menschenrechte*

- Als die Operation „Mani puliti“ anlief, arbeitete MEDEL an dem Thema „**Steuerbetrug und Kapitalwäsche**“ (Colloquium von Turin, Januar 1992) und „**Das organisierte Wirtschaftsverbrechen**“ (Colloquium von Serock, Polen, September 1994)
- Das Colloquium „**Justiz in Fesseln – Korruption und internationale Wirtschaftskriminalität**“ (Brüssel 1997) war der Anlass den **Aufruf von Genf** vom Jahr zuvor in Gegenwart der an dieser Initiative beteiligten Richter zu erweitern; diese Arbeit wurde mit der Tagung über den „**Europäischen Justizraum**“ (Rom, März 2002) in Hinblick auf eine Antwort von MEDEL an die Kommission zum gleichen Thema fortgesetzt;

- Die Tagung über den „**Kampf gegen den Terrorismus**“ (Brüssel, Oktober 2002) bildete den Anlass für einen ersten Meinungsaustausch insbesondere bezüglich der nach dem 11. September 2001 beschlossenen europäischen Texte: Das Colloquium unter dem Titel „**Europäisches Abrutschen im Bereich des Strafrechts: verfassungsmäßige Grundrechte gegen die Sicherheitskultur**“ (veranstaltet an der Ecole nationale de la Magistrature gemeinsam mit den Europäischen Demokratischen Rechtsanwälten (Bordeaux, Oktober 2004) gab der Besorgnis Ausdruck, die in der Stellungnahme Nr. 8 des CCJE über die Rolle der Richter beim Schutz des Rechtsstaates und der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem 11. September 2001
- Schließlich hat MEDEL im April 2003 in Athen ein Seminar den „**völkerrechtlichen Aspekten des Krieges**“ gewidmet, und sich dann „**für die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs**“ eingesetzt.

Web site [www.medelnet.org](http://www.medelnet.org)

*contact: [medel@medelnet.org](mailto:medel@medelnet.org)*